



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	05.12.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Sachstand und Weiterentwicklung in der Obdachlosenhilfe
hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2019 und 28.10.2019**

Anlagen:

Antrag der Grünen vom 24.10.2019
Antrag der Grünen vom 28.10.2019
Sachverhalt Sachstand und Weiterentwicklung in der Obdachlosenhilfe

Bericht:

Die Verwaltung berichtet über die Strukturen und Instrumente der Obdachlosenhilfe in der Stadt Nürnberg sowie über die Entwicklung der Betroffenenzahlen. Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung werden vorgestellt, in dem Zusammenhang werden auch die Anträge der Fraktion Bündnis 90/die Grünen zum Standort für einen Tagesaufenthalt für alkoholranke Menschen und zum Konzept "Housing First" beantwortet.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es geht um Hilfen für Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, und damit um besonders benachteiligte Menschen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

